

BürgerInnenbrief **Mitte**

April 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Die Themen: +++ Elbphilharmonie +++ Schwarz-grüner Kuhhandel +++ DIE LINKE in der Bezirksversammlung

Was kostet uns die Elbphilharmonie wirklich?



Die Elbphilharmonie, von der CDU zum Symbol für eine Neuausrichtung Hamburgs ausgerufen, wird erneut teurer als geplant. Zurecht ist deshalb auf Antrag der SPD-Fraktion eine Debatte in der Bürgerschaft angesetzt worden.

Trotz eines »Fest«preises von 241,3 Mio. Euro kommen auf Hamburgs SteuerzahlerInnen erhebliche Mehrkosten zu, für die die Bauunternehmen nicht haftbar gemacht werden können. Die Rede ist von bis zu 20 Mio. Euro. Mit diesem Betrag könnte beispielsweise das unsoziale Büchergeld abgeschafft werden oder die von der CDU weggesparten Schülerfahrkarten wieder eingeführt werden.

Die Hamburgische Bürgerschaft hatte den Bau der Elbphilharmonie im Februar 2007 einstimmig beschlossen. Begründung: »Die Elbphilharmonie wird ein Magnet sein und die Menschen in der Welt begeistern«, so Ole von Beust (CDU). Sie sei wichtig für die Kultur in Hamburg, für die Architektur und die Menschen in Norddeutschland. Der ge-

plante Bau sei zudem eindrucksvoller Ausdruck »hanseatischen Bürgersinns«.

Zu Recht war das Projekt scharf kritisiert worden, als die Baukosten um über 55 Mio. Euro auf mehr als 241 Mio. Euro stiegen. Der Anteil, den die Stadt zu tragen hat, kletterte von geplanten 77 Mio. Euro auf 114 Mio. Euro. 64 Mio. Euro wurden durch eine Spendenkampagne eingesammelt und 74 Mio. Euro wollen Investoren beisteuern. Wegen der vermeintlich großen volkswirtschaftlichen Bedeutung wurde der Bau durchgezogen.

Der erneute Preisaufschlag wird mit Veränderungen bei der Kühlung des Gebäudes begründet. Ursprünglich sollte diese ausschließlich mit Elbwasser erfolgen. Doch neue, strengere Richtlinien zur Entnahme von Elbwasser haben das unmöglich gemacht. Zur unendlichen Geschichte des Millionengrabes »Elbphilharmonie« gehören aber weitere Aspekte:

Der Bau des Konzerthaus befindet sich im Zeitplan, allerdings bergen die Anfahrtswege Probleme. Insbesondere der Neubau der Sandtorhafenklappbrücke kommt nicht voran. Den entsprechenden Senatsbeschluss hat die Stadtentwicklungsbehörde nach massiver Kritik des Rechnungshofes zurückgezogen. Die bisherige Brücke ist nämlich erst zwölf Jahre alt. Der Rechnungshof monierte: Die Notwendigkeit eines Neubaus für rund sieben Mio. Euro sei nicht nachgewiesen. Schlimmer noch: Der Bürgerschaft sei keine etatfreie Beschlussvorlage zu geleitet worden. Wörtlich: »Auch die besondere Bedeutung des Projektes Elbphilharmonie erlaubt es nicht, jeden Aufwand von vornherein als gerechtfertigt anzusehen.«

Die hier gerügte mangelnde Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln im Zusammenhang mit dem Luxusprojekt »Hafencity« könnte man auch bei dem der Elbphilharmonie benachbarten Tamm-Museum nachweisen. Oder bei der rund 300 Mio. Euro kostenden U 4, mit der die Hafencity in das öffentliche Verkehrsnetz eingebunden werden soll. Auch das Projekt Hafenuiversität oder der Neubau der Katharinenschule in der Hafencity weisen schwere Mängel in der Wirtschaftlichkeitsberechnung auf.

Eine befriedigende Antwort auf die Frage nach den Mehrkosten für die Elbphilharmonie kann es nur im Zusammenhang mit einer rigorosen Überprüfung des gesamten Hafencityprojektes geben. In der Vergangenheit wurde das Gebot der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit sowie der Kontrolle und Beteiligung der Bürgerschaft oft mit dem Verweis auf die besondere Bedeutung der Projekte Elbphilharmonie und Hafencity außer Kraft gesetzt.

Der springende Punkt beim Luxusprojekt Elbphilharmonie sind freilich nicht die Baukosten, sondern der laufende Betrieb des Hauses und die dafür unverzichtbaren Betriebsausgaben. Zum Politikstil in Hamburg gehört: Über diese praktische Seite ist kaum debattiert worden. Zu dem finanziellen Abenteuer des Baus kommt wahrscheinlich ein jähr-

licher Zuschussbedarf aus öffentlichen Mitteln von 3,2 Mio. Euro. Weitere 800.000 Euro soll die Stiftung Elbphilharmonie zuschießen. Die vor Jahren vorgelegte Machbarkeitsstudie ist Ende 2007 massiv korrigiert worden. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf wurden um 1,2 Mio. Euro zurückgenommen. Sponsoren sollen künftig pro Jahr 1,5 Mio. Euro zum »Haus für alle« beisteuern. Des weiteren sollen noch 500.000 Euro über Spenden eingesammelt werden. Wenn allerdings der geschätzte Sponsoringanteil von 15,8% am Gesamtetat von über 15 Mio. Euro nicht hereingeholt werden kann, muss das aus dem Hamburger Haushalt ausgeglichen werden.

Wenn wir unterstellen, die Kosten für den Bau, die öffentlichen Zufahrtswege und den laufenden Betrieb der Elbphilharmonie sind einigermaßen korrekt erfasst, haben wir laut Rechnungshof noch ein weiteres Problem. Es bestehen für die aktuelle Legislaturperiode hohe Haushaltsrisiken, weil

1. vor allem im Bereich von Investitionen hohe Ausgabenreste existieren – ca. eine Mrd. Euro –, für die in der Finanzplanung keine Mittel zurückgestellt wurden;

2. vor allem für Ausgaben in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres 2007 in Höhe von 800 Mio. Euro, darunter die Elbphilharmonie, in der mittelfristigen Finanzplanung keine entsprechenden Einnahmen vorgesehen sind. Der Landesrechnungshof weist die Bürgerschaft auf ein absehbares Finanzloch von 2,4 Mrd. Euro hin und fordert zu Recht einen Kassensturz;

3. durch die anhaltende Steuersenkungspolitik auf Bundesebene (Unternehmenssteuern, Erbschaftssteuern) Hamburg mit weiteren Einnahmeausfällen zu rechnen hat;

4. die Konjunkturabschwächung infolge der Immobilien- und Kreditkrise sich auch in einer deutlichen Abschwächung der Steuereinnahmen niederschlagen wird.

Zusammengefasst: Es ist hohe Zeit für einen Kassensturz und eine Bestandaufnahme, ob wirklich alle Leuchtturmprojekte zu Ende geführt werden können und müssen.

Historischer Kompromiss oder schwarz-grüner Kuhhandel?

Am 1. April fand eine weitere Runde der Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und den Grünen über die Bildung eines schwarz-grünen Senats statt. Diesmal ging es vor allem um die Bildungspolitik, also darum, wie das Wahlversprechen der Grün-Alternativen Liste (GAL) eines gemeinsamen Lernens in einer »Schule für Alle« mit dem konservativen Elitencredo des Festhaltens an der gymnasialen Oberstufe in Einklang gebracht werden kann.

Begleitet von Protestaktionen der Gewerkschaften GEW und ver.di sowie AktivistInnen der Volksinitiative »Eine Schule für alle« verhandelten die Delegationen im »Speicherstadt«-Saal des vornehmen Elysee-Hotels erneut länger als zwölf Stunden.

Der Appell, den viele ehemalige WegbegleiterInnen vor den Gesprächen an die grüne Verhandlungsführerin Christa Goetsch herantragen wollten – »Christa, du bist doch eine von uns« –, war im Vorfeld vor den laufenden Kameras des »Hamburger Journals« von der designierten Schulsenatorin dankend entgegen genommen, zugleich aber als unrealistisch abgebügelt worden: »Bei Verhandlungen müssen immer Kompromisse gefunden werden«. Der Ex-Maoist und frühere rot-grüne Senator, Wilfried Mayer, jetzt einer der grünen Verhandlungsführer, hatte diese Banalität zuvor bereits in die Formel gekleidet, dass ein Koalitionspoker in den Augen unbelehrbarer FundamentalistInnen häufiger einmal wie »Kuhhandel« aussehe. Ob das die an einer sich



abzeichnenden schwarz-grünen Koalition zweifelnden Grünen-Mitglieder und -AktivistInnen überzeugen wird, bleibt abzuwarten.

Im Zentrum der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und GAL stehen außerdem die Themen Hafenwirtschaft und Ökologie. Die Unterhändler haben intensiv verhandelt, ohne dass bei den strittigen Fragen schon ein Durchbruch zu erkennen ist. Man hat Stillschweigen vereinbart, um an der jeweiligen Parteibasis keine Unruhe aufkommen zu lassen, bevor nicht das Gesamtpaket geschnürt ist.

Neben der Frage, wo die einst als links geltenden Hamburger Grünen (nicht zufällig trägt die Partei hier den Namen Grün-Alternative Liste) sich in der aktuellen politischen Konstellation wiederfinden, sind sie dabei, ein neues Kapitel in der bundesdeutschen Politik aufzuschlagen. Erstmals zeichnet in einem Bundesland eine schwarz-grüne Koalition ab. Die Grünen führen konkrete Koalitionsverhandlungen mit der von Ole von Beust geführten CDU der Hansestadt, also einer Partei, die sich dem bürgerlichen politischen Lager verpflichtet weiß und in der Vergangenheit nicht davor zurückgeschreckt ist, ihre politischen Machtansprüche in Koalitionen mit dezidiert rechtspopulistischen Parteien durchzusetzen.

Wir erinnern uns: Die Hamburger CDU hatte sich mit der Schill-Partei an die Macht geschlichen; auch nach dem politischen Bankrott dieser Rechts-Partei hat die CDU mit absoluter Mehrheit ihren bürger- und fremdenfeindlichen Kurs fortgesetzt. Unter christdemokratischer Vorherrschaft ist die Stadt in den zweifelhaften Ruf gekommen, beispielloser Vorreiter einer sozialen Spaltung und der Vergeudung öffentlicher Mittel zum Wohle der wirtschaftlichen und politischen Elite zu sein. Zwar hatte die Hamburger GAL nach dem Übergang der Grünen Partei zu völkerrechtswidrigen Militärinterventionen bereits erheblich an Glaubwürdigkeit verloren, aber Koalitionsverhandlungen mit einer rechtskonservativen Union sind doch für viele AnhängerInnen noch immer gewöhnungsbedürftig.

Über die Verhandlungen erfährt man wenig Konkretes, aber die Beteiligten verbreiten gute Laune. Bürgermeister

Ole von Beust ist bemüht, in einer Zwischenbilanz der Gespräche Einigkeit zu demonstrieren. »Wir haben uns in wichtigen Fragen aufeinander zu bewegt. Wir haben Lösungen gefunden, uns in einigen Bereichen aber auch auf Prüfaufträge verständigt. Es gilt immer noch: Die Einigung ist machbar und gewollt.« Alle Lösungen sollten aber noch in einer Schlussrunde besprochen werden. »Wer darauf gehofft hat, dass es knallen würde, der hat sich getäuscht. Es war sachlich, teilweise humorvoll und mit allem Engagement.«

Die Haupthindernisse liegen im Bereich der Energie (vor allem beim Kohlekraftwerk Moorburg und der Elbvertiefung), der Schule (Vorrang für die Gymnasien anstelle langes gemeinsames Lernen) und der Innen- und Justizpolitik. Die Atmosphäre zwischen den potenziellen Partnern wird nicht getrübt durch die von der GAL im Wahlkampf noch angeprangerte soziale Spaltung der Stadt oder gar Fragen von Haushalt und Finanzen. In beiden Schlüsselthemen liegen die schwarz-grünen Protagonisten nah beisammen.

Auch auf Bundesebene signalisieren die Grünen immer offener ihre Bereitschaft, dem bürgerlichen Lager zu einer Blutauffrischung zu verhelfen. »Der Befund ist klar. Wir bewegen uns in der Bundesrepublik in einem Fünf-Parteien-System. Da ist es nicht klug, sich mit der Linken darüber zu streiten, wer die linksillusionärsten Positionen besetzen kann. Damit würden wir uns die Möglichkeit nehmen, auf das Regierungshandeln Einfluss zu nehmen.« So der Protagonist von Schwarz-Grün, Wilfried Maier.

So ist es denn auch nur konsequent, wenn der »linke« Jürgen Trittin – und das ist neu – jetzt erklärt, die Grünen würden in den nächsten Bundestagswahlkampf ohne Koalitionsaussage ziehen. Selbst in Hessen ist die prinzipielle Absage an Gespräche mit der CDU inzwischen relativiert worden. Damit setzt sich auf Bundes- und Landesebene eine Tendenz fort, die in etlichen größeren Städten schon seit einigen Jahren gängige Praxis ist. Auch in Hamburg gibt es in zwei Bezirken bereits seit 2004 schwarz-grüne Koalitionen.

Diese Veränderung der Position der Grünen ist begleitet von einer Neubestimmung ihrer politisch-programmatischen Positionen. Vor allem in der Wirtschafts- und Sozi-

alpolitik hat es eine – allerdings nicht widerspruchsfreie – Annäherung an Positionsbestimmungen des bürgerlichen Lagers gegeben. Die Vision einer „grünen Marktwirtschaft“ hat in der Partei heute eine breite Anhängerschaft.

Es ist daher nicht ohne Konsequenz, wenn der grünen »Rebell« Oswald Metzger jetzt einen Aufnahmeantrag in die CDU gestellt hat. Begründung: »Ich sehe die CDU als parteipolitische Plattform, in der meine marktwirtschaftlichen Überzeugungen einen viel größeren Resonanzraum haben als jemals in meiner Zeit bei den Grünen.« Er habe sich als »Berufspolitiker« stets für die Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung eingesetzt: Freiheit, Wettbewerb und Subsidiarität. Gerade die Union, die sich auf Ludwig Erhard als Vater der Sozialen Marktwirtschaft berufe, brauche ein starkes wirtschaftspolitisches Profil. Dazu wolle er seinen Teil beitragen. »Ich bin überzeugt, dass es in der CDU zahlreiche Mitstreiter dafür gibt.«

Beim Marsch in die »grüne Marktwirtschaft« bzw. einer im Zweifelsfall auch militärischen »Durchsetzung von Men-

schenrechten« haben die Grünen viele MitstreiterInnen und WählerInnen am Wegesrand zurückgelassen. Dies haben zuletzt die Stimmenverluste bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg deutlich gemacht.

Der frühere grüne Spitzenpolitiker Ludger Vollmer trifft für diesen Transformationsprozess der Grünen einen wichtigen Punkt: »In Hessen ist mehr passiert, als dass für das Alpha-Männchen (Joschka Fischer) von einst kein adäquater Ersatz gefunden wurde... Die Agenten von Ökologie und Verbraucherschutz fuhrwerkten an dem vorbei, was die Seite der Globalisierungsverlierer bedrückt... Das Hauptproblem liegt ... darin, dass der grüne Grundwert »sozial« bis zur Unkenntlichkeit verblasst ist.«

Die Erosion im urbanen Milieu der Großstadt scheinen starke Fraktionen innerhalb der Grünen durch machtpolitische Unverzichtbarkeit kompensieren zu wollen. Sie sehen ihre Partei deshalb zukünftig als »Funktionspartei der Mitte«.

Bei anderen gelesen:

»Mit der CDU können wir Neues erreichen«

Der Bürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, gilt als Hoffnungsträger der Grünen. Geboren 1972 in Aiblingen studierte er bis 1999 Mathematik und Geschichte in Tübingen, wo er von 1997 bis 2000 Mitglied im Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen war. 2001 wurde Palmer in den Landtag gewählt und übernahm dort das Amt des umweltpolitischen Sprechers. Im Januar 2007 trat er dann das Amt als Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen an und legte sein Landtagsmandat nieder.

Herr Palmer, Sie hatten frühzeitig auf schwarz-grün gesetzt. Nun ziehen Ihre Hamburger Parteifreunde rechts an Ihnen vorbei – und schreiben Geschichte, sollte alles glatt gehen. Enttäuscht?

Nein. Ich hoffe vielmehr, dass die Verhandlungen erfolgreich sind.

In Hamburg soll ein geplantes Kohlekraftwerk durch ein Gaskraftwerk ersetzt werden. Hamburgs Bürgermeister will den Stromerzeuger Vattenfall wechseln und entsprechende Anfragen an Eon, RWE oder EnBW richten. Energiepolitisch der bessere Weg?

Ich halte es für dringend notwendig, das Erzeuger-Oligopol aufzubrechen. 85 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten sind in der Hand der vier großen Konzerne. Damit dominieren sie den Markt und verhindern gleichzeitig Entwicklungen für den Klimaschutz. Deswegen ist alles, was neue Produzenten in den Markt bringt, positiv zu bewerten. Wenn es gelingt, Gasversorgungsverträge zu akquirieren, sind Gaskraftwerke für den Klimaschutz deutlich besser als Kohlekraftwerke.



Schwarz-grün in Hamburg, Ihr früherer Parteifreund Oswald Metzger will zur CDU wechseln. Die politischen Grenzen zwischen Grün und Schwarz scheinen zu zerfließen.

Schwarz-grün darf nicht heißen, dass die Grünen alle schwarz werden. Insofern halte ich von Metzgers Wechsel nichts. Eigentlich kann er bei der CDU schon bald wieder austreten – weil die Beschlüsse der Bundesregierung zur Rentenerhöhung oder zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes I völlig konträr zu seinen Positionen sind. Ich hoffe, dass er seine Meinung dort mit genau so viel Nachdruck vorträgt, wie er es bei uns immer getan hat. Ansonsten: Dass die Grenzen im Parteiensystem nicht mehr zementiert sind wie zu Zeiten des kalten Krieges, halte ich für einen Fortschritt, einen gesellschaftlichen Normalisierungsprozess.

Ole von Beust hat einst mit Ronald Schill und seiner Partei Rechtsstaatliche Offensive koalitiert, jetzt will er mit Ihrer Partei regieren. Wie alternativ sind die Grünen noch?

Die Grünen sind sicher nicht mehr alternativ im Sinne des Jahres 1980, als die Partei gegründet wurde. Damals waren sie eine Oppositionssammelbewegung und keine auf Regie-

rungsverantwortung ausgerichtete Partei. Einer solchen Partei wollte ich heute nicht angehören. Die Antiparteien-Partei ist Geschichte. Dennoch sind wir immer noch alternativ – im Sinne von originären inhaltlichen Konzepten. Die können die anderen Parteien so nicht anbieten. Für mich zeigen sich diese Konzepte an erster Stelle bei der Ökologie. Nur wir haben die Überzeugung und das Herzblut, den Klimawandel tatsächlich zu bekämpfen – ganz aufhalten lässt er sich leider nicht mehr –, und ökologische Fragestellungen im 21. Jahrhundert zur Leitlinie zu machen. Nur bei uns ist das verbunden mit sozialer Verantwortung und starker Betonung der Bürgergesellschaft. Das macht für mich heute das alternative Element aus.

Treibt die Verbürgerlichung Ihrer Partei nicht noch mehr Wähler zu den Linken – weil diese Menschen keine andere Partei mehr sehen, durch die sie sich vertreten fühlen?

Wenn die Linke Proteststimmen auf sich zieht, ist das legitim. Die Linke ist nichts Bösesartiges, das ausgerottet werden muss. Sie ist allerdings konzeptionell bestandslos, oftmals sozialpopulistisch und finanziell unsolide – so dass nur schwer mit ihr zu regieren sein dürfte. Das ist das, was man den Wählern klar machen sollte. Ansonsten ist es nicht unsere Aufgabe, eine bestimmte Partei zu bekämpfen.

In wie weit ist die SPD noch der natürliche Regierungspartner Ihrer Partei?

Einen natürlichen politischen Partner der Grünen gibt es nicht mehr. Die Partei, die uns inhaltlich am nächsten steht, ist aber nach wie vor die SPD. Meine Auseinandersetzung mit der CDU in der Vergangenheit ist so zu erklären: In Baden-Württemberg wird die SPD kaum einmal genügend Prozente haben, um mit uns zu regieren. Die CDU mag zwar

der schwierigere Partner sein. Gleichzeitig ist sie aber auch die Partei, mit der etwas Neues erreicht werden könnte. Und zwar die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Wenn wir und die CDU bei der ökologischen Modernisierung zusammen arbeiten, ist mehr erreichbar, als mit der SPD. Der Grund ist, dass die Wirtschaft traditionell der CDU die Treue hält.

Während Sie von Schwarz-grün schwärmen, schlingert die SPD scheinbar führerlos dahin. Sorgt Sie diese Entwicklung denn?

Für mich persönlich kann ich sagen: Ja. Mit 18 habe ich die SPD gewählt – nicht die Grünen. Und die CDU zu wählen, kam mir niemals in den Sinn. So viel zu meiner biographischen Nähe zur SPD. Insofern hoffe ich sehr, dass sich die Sozialdemokraten wieder fangen. Es wäre nicht gut für unser Land, wenn es auf Dauer zu einer konservativen Hegemonie kommt und diese traditionsreiche Partei in Grabenkämpfen untergehen würde. Die Vergangenheit zeigt, dass ähnliche Entwicklungen nie gut waren für Deutschland.

Stichwort Parteivorsitz. Cem Özdemir möchte lediglich zurück in den Bundestag, Tarek Al-Wazir will in Hessen bleiben. Ihre bisherigen Äußerungen, was einen möglichen Parteivorsitz angeht, sind bisher nicht eindeutig ausgefallen.

Ich halte es für falsch, wenn sich Grüne aus meiner Generation von den Medien unter Druck setzen lassen. Nicht jede Frage eines Journalisten sollte Anlass sein, sich zum Ausschluss einer Option zwingen zu lassen. Wenn alle alles ausschließen, hat man am Ende hessische Verhältnisse – und das sind politisch gesagt keine guten. [...]

(Auszug aus einem Interview, das stern.de mit Palmer führte)

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Mitte

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Mitte hat die Arbeit aufgenommen. Sie besteht aus sechs Mitgliedern:

Sandra Clemens, Hamm
Christine Detamble-Voss, St. Pauli
Marcus Donath, Billstedt
Renate Hercher-Reis, Wilhelmsburg
Bernhard Stietz-Leipnitz, St. Georg
Ronald Wilken, Wilhelmsburg

Die Fraktion hat sich am 29. März 2008 konstituiert, Marcus Donath wurde zum Vorsitzenden und Renate Hercher-Reis zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die erste Sitzung der Bezirksversammlung fand am 31. März 2008 statt.

Über Büro, Erreichbarkeit und Aufgaben demnächst mehr in diesem BürgerInnenbrief.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.